

So nicht, Frau Kraft. NRW braucht neue Ideen.

Das ist Rot-Grün.

Halbzeit: Bilanz nach zweieinhalb Jahren Landesregierung aus SPD und Grünen



NRW: Schuldenland Nummer eins – trotz Rekord-Steuereinnahmen. Dreimal Verfassung gebrochen.

Hannelore Kraft

Trotz Rekord-Steuereinnahmen und historisch niedriger Zinsen türmt die rot-grüne Landesregierung immer neue Schulden auf: 3,2 Milliarden Euro allein im Jahr 2014. Damit ist Nordrhein-Westfalen bei der Neuverschuldung unangefochtener Spitzenreiter unter den Bundesländern. Bis zum Ende der Legislaturperiode im Jahr 2017 wird der Schuldenberg zu Lasten künftiger Generationen auf über 145 Milliarden Euro weiter anwachsen.

Das ist liberal.

Positionen der FDP-Landtagsfraktion NRW



Politik enkelfit gestalten: Sparen, um neue Chancen zu schaffen. Schuldenbremse und Verfassung einhalten.

Christian Lindner

Die FDP-Fraktion steht für eine nachhaltige und generationengerechte Haushaltspolitik. Den vermeintlich sozialen Wohltaten auf Pump von Rot-Grün setzen wir Einsparungen für bessere Lebenschancen vor Ort entgegen. Eine neue politische Schwerpunktsetzung für mehr wirtschaftliche Dynamik, für eine schlankere Verwaltung und für die Konzentration auf Kernaufgaben des Landes ist kein Selbstzweck. Das Land muss wieder in die Lage versetzt werden, in die Zukunft zu investieren: in Kommunen, in Bildung und in Infrastruktur.

Entschließungsantrag „Weniger Schulden und mehr Investitionen in die Zukunft“
bit.ly/ZLw2nq



Ob Steuern, Miete oder Strom: Alles wird teurer. Grunderwerbsteuer – Verdopplung in nur drei Jahren.

Dr. Norbert Walter-Borjans

Bereits zum zweiten Mal innerhalb weniger Jahre erhöhen SPD und Grüne die Grunderwerbsteuer und leisten damit einen finanzpolitischen Offenbarungseid. Mit 6,5 Prozent steht Nordrhein-Westfalen bundesweit an der Spitze. Junge Familien, die sich mit dem Erwerb von Eigentum eine Zukunft aufbauen wollen, zahlen den Preis für die finanzpolitischen Versäumnisse von Rot-Grün. Leidtragende sind aber auch die Mieterinnen und Mieter, denn die Steuererhöhung wird sich in höheren Mieten niederschlagen.



Verschwendung von Steuergeld stoppen, auf Steuererhöhung verzichten, Familien entlasten.

Ralf Witzel

Für die FDP-Fraktion ist der Haushaltsausgleich in Nordrhein-Westfalen das politisch wichtigste Projekt der laufenden Legislaturperiode. Doch anstatt wie Rot-Grün erneut an der Steuerschraube zu drehen, wollen wir den Landeshaushalt auf der Ausgabenseite mit Einsparungen in Ordnung bringen. Zugleich wollen wir etwa mit dem Abbau überflüssiger Bürokratie eine wirtschaftsfreundliche Politik für Industrie, Handwerk und Mittelstand gestalten. Das schafft Arbeitsplätze, senkt den Sozialaufwand und generiert zusätzliche Einnahmen für den Landeshaushalt.

Antrag „Keine weitere Erhöhung der Grunderwerbsteuer zu Lasten junger Familien“
bit.ly/1xbQBx

FDP Position 09/2014: „Steuererhöhung stoppen – Familien entlasten“
bit.ly/1tXsASW



Hochschulen am Gängelband von Politik und Ministerium – Autonomie beschnitten.

Svenja Schulze

Im September 2014 hat der Landtag mit den Stimmen von SPD und Grünen das hochumstrittene sogenannte Hochschulzukunftsgesetz verabschiedet. Damit hat Rot-Grün die bewährte Hochschulautonomie weitgehend rückabgewickelt. Mit umfangreichen Rahmenvorgaben werden die Hochschulen künftig am Gängelband von Politik und Ministerium geführt. Das wird dem Wissenschaftsstandort Nordrhein-Westfalen nachhaltig schaden.



Freie Lehre und Forschung: Selbstbestimmung der Hochschulen wieder stärken, Exzellenz und beste Lehre für alle fördern.

Angela Freimuth

Die Hochschulen haben sich unter dem liberalen Hochschulfreiheitsgesetz hervorragend entwickelt und Herausforderungen wie den doppelten Abiturjahrgang erfolgreich gemeistert. Die FDP-Fraktion will daher die Hochschulfreiheit erhalten und auf Gängelungsinstrumente wie Rahmenvorgaben verzichten. Wir wollen die Forschungsfreiheit erhalten und Kooperationen aus Wirtschaft und Wissenschaft erleichtern.

Entschließungsantrag „Hochschulen besser und nicht schlechter machen: Rot-grüne Hochschulbevormundung stoppen“
bit.ly/1x90mXA

So nicht, Frau Kraft. NRW braucht neue Ideen.

Das ist Rot-Grün.

Halbzeit: Bilanz nach zweieinhalb Jahren Landesregierung aus SPD und Grünen



Menschenrechtsverletzungen in Flüchtlingsheimen – Kontrollversagen durch Innenminister.

Ralf Jäger

In sieben der 20 Landeseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen hat es Menschenrechtsverletzungen gegeben. Im Zeitraum von Januar 2013 bis September 2014 kam es insgesamt zu 49 Ermittlungsverfahren wegen Straftaten gegen Flüchtlinge, vornehmlich wegen Körperverletzungen. Die Misshandlung von Flüchtlingen steht in direktem Zusammenhang mit mangelnder Personal- und Finanzausstattung der Landeseinrichtungen, mangelhaften Anforderungen an die Sicherheitskräfte und dem Fehlen von effektiven Kontrollen. Für dieses Organisations- und Aufsichtsversagen trägt die rot-grüne Landesregierung die Verantwortung.

Das ist liberal.

Positionen der FDP-Landtagsfraktion NRW



Flüchtlinge sicher unterbringen, der humanitären Aufgabe gerecht werden, Kommunen finanziell unterstützen.

Joachim Stamp

Nordrhein-Westfalen braucht eine neue Flüchtlingspolitik mit einer ausreichenden personellen und finanziellen Ausstattung sowie klaren humanitären Standards und Kontrollen. Land und Bund dürfen die Kommunen mit der Flüchtlingsunterbringung nicht alleine lassen. Um Erstaufnahme und zentrale Unterbringungseinrichtungen zu koppeln, ist eine systematische Konzeption erforderlich. Zudem muss endlich ein Notfallkonzept erarbeitet werden, das für alle Beteiligten an den Standorten klare Handlungsanweisungen enthält und die Schließung von Einrichtungen etwa bei Fällen von ansteckenden Krankheiten vermeidet.

Antrag „Der humanitären Verantwortung gerecht werden – NRW braucht eine neue Flüchtlingspolitik“
bit.ly/1zA5iWr



Investitions-Stau: Straßen und Brücken verfallen – Neu- und Ausbau kommen zum Erliegen.

Michael Groschek

Rot-Grün streicht die Mittel für den Landesstraßenbau immer weiter zusammen: Im Haushalt 2015 stehen nur noch 155 Millionen Euro zur Verfügung – gegenüber 172 Mio. Euro im Jahr 2009 zu schwarz-gelber Regierungszeit. Zudem schafft es die Landesregierung nicht, die Bundesmittel für den Fernstraßenbau vollständig abzurufen: 2013 mussten 42 Millionen Euro zurückgegeben werden. Die Folge: Der Investitionsstau und damit auch der Verkehrsstau im NRW-Strabennetz nehmen weiter zu.



Sonderprogramm Landesstraßenbau – Engpässe im Straßennetz beseitigen.

Christof Rasche

Die FDP-Fraktion möchte die Investitionen in den Landesstraßenbau kurzfristig um 30 Millionen Euro aufstocken. Finanziert werden kann das Sonderprogramm aus den konsumtiven Ausgaben für das Sozialticket. Zudem wollen wir für die Zukunft sicherstellen, dass die zur Verfügung stehenden Bundesmittel auch in NRW verbaut werden können. Dazu muss das Land einen ausreichenden Planungsvorrat für Bundesfernstraßenprojekte schaffen – auch durch Beteiligung privater Ingenieurbüros.

Antrag „Sanierungsstau in der Verkehrsinfrastruktur auflösen“
bit.ly/1xOwpcx

FDP Position 10/2013 „Leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur sichern“
bit.ly/WOUZ0I

So nicht, Frau Kraft. NRW braucht neue Ideen.

Das ist Rot-Grün.

Halbzeit: Bilanz nach zweieinhalb Jahren Landesregierung aus SPD und Grünen



Vervierfachung radikaler Salafisten – neue Bedrohungslage ohne angemessene Reaktion.

Ralf Jäger

Nordrhein-Westfalen ist die Hochburg der gefährlichen Bewegung gewaltbereiter Salafisten: Seit 2011 hat sich die Zahl der Anhänger von 500 auf nunmehr 1.800 fast vervierfacht, jeder vierte Salafist in Deutschland lebt heute in NRW. Gewaltsame Ausschreitungen, radikale Missionierung und Hetze, Bedrohung von Journalisten und Künstlern, Auftreten als Scharia-Polizei und Friedensrichter oder die Ausreise von 130 Salafisten aus NRW zur Teilnahme am Dschihad und zu erwartende Rückkehr nach NRW – die rot-grüne Landesregierung steht der neuen Bedrohungslage konzeptlos gegenüber.

Das ist liberal.

Positionen der FDP-Landtagsfraktion NRW



Sicherheit hat Priorität: NRW wirksam vor Islamismus schützen – für eine wehrhafte Demokratie.

Dr. Gerhard Papke

Die FDP-Fraktion fordert, gewaltbareitem Salafismus entschlossen mit wirksamer Prävention, deutlicher Präsenz und konsequenter Reaktion zu begegnen. Die Verstärkung des Staatsschutzes ist dafür ebenso unabdingbar wie die bessere Vernetzung der Sicherheitsbehörden – untereinander ebenso wie mit Moscheevereinen und für Prävention zuständigen Stellen. Aussteigerprogramme und Kontrollmechanismen müssen effektiv sein. Zugleich müssen alle repressiven Mittel des Rechtsstaates im Rahmen einer Null-Toleranz-Strategie genutzt werden, um Verbreitung und Gefahren des Salafismus zu stoppen – dazu gehören Versammlungs- und Vereinsverbote, die Hinderung deutscher Dschihadisten an der Ausreise in Kriegsgebiete und das Mattsetzen von Rückkehrern.

Antrag „Salafismus konsequent mit den Mitteln des Rechtsstaats bekämpfen!“
bit.ly/1uRw77c



Benachteiligung von Gymnasien und Realschulen: zu große Klassen, zu wenig Ganzttag. Inklusion ohne Qualität.

Sylvia Löhrmann

Ob bei Klassengrößen, Lehrerversorgung oder beim Ganzttag – Gymnasien und Realschulen werden von der rot-grünen Landesregierung systematisch schlechter behandelt als integrierte Schulformen. Gleichzeitig wird die Inklusion von SPD und Grünen überhastet und ohne die notwendigen qualitativen Standards umgesetzt. Dies schadet Kindern mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf. Bereits heute schneidet Nordrhein-Westfalen bei allen Vergleichsleistungen als eines der schlechtesten Bundesländer ab.



Starke Schulen = starke Schüler: Kleinere Klassen, mehr Ganzttag und individuelle Förderung für alle.

Yvonne Gebauer

Die FDP-Fraktion steht für ein leistungsorientiertes, chancen- und begabungsgerechtes Bildungssystem. Wir möchten eine umfassende Förderung und Forderung sowohl leistungsschwächerer als auch leistungsstärkerer Schüler. Gymnasien und Realschulen müssen gleiche Chancen und gleichberechtigte Organisationsbedingungen erhalten. Die von Rot-Grün forcierte Schließung von Förderschulen lehnen wir ab – gerade in ländlichen Räumen müssen Wahlmöglichkeiten für die Eltern gewährleistet werden.

Antrag „Bildungschancen verbessern und Leistungsgerechtigkeit gewährleisten“
bit.ly/1GERL6v

FDP Position 11/2013 „Gute Bildung – starke Gymnasien“
bit.ly/1nWWhrja

Antrag „Inklusion zum Erfolg führen“
bit.ly/1GPeHLB



Qualität der Kitas fällt zurück – kein Konzept für gute Betreuung.

Ute Schäfer

Mit der Verabschiedung der 2. KiBiz-Revision im Juni 2014 hat Rot-Grün den Erzieherinnen zusätzliche Aufgaben wie die alltagsintegrierte Sprachförderung verordnet, ohne die bereits jetzt chronisch unterfinanzierten Kitas mit den dafür benötigten Mitteln auszustatten. Planlos forcieren SPD und Grüne derzeit den Ausbau der Plätze für Kinder unter drei Jahren, eine Verbesserung der Betreuungsqualität wird dagegen nicht angegangen.



Gute Bildung in Kitas, verlässliche Betreuung, flexible Öffnungszeiten, Erzieherinnen wertschätzen.

Marcel Hafke

Wir wollen die Kitas qualitativ stärken. Erzieherinnen müssen von bürokratischen Aufgaben entlastet werden, um sich auf ihre eigentlichen Aufgaben konzentrieren zu können: Die Betreuung und Erziehung von Kindern. Der Unterfinanzierung der Kitas wollen wir durch Anpassungen im Finanzierungssystem zügig begegnen. Außerdem sind für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf flexible Öffnungszeiten und Betreuungszeiten unverzichtbar.

Entschließungsantrag „Umfassende Evaluierung statt 2. rot-grüner KiBiz-Revision“
bit.ly/1oySKdQ

Antrag „Kindertageseinrichtungen nicht im Stich lassen – finanzielle Auskömmlichkeit der Kindpauschalen zügig evaluieren und anpassen“
bit.ly/140jxGT

So nicht, Frau Kraft. NRW braucht neue Ideen.

Das ist Rot-Grün.

Halbzeit: Bilanz nach zweieinhalb Jahren Landesregierung aus SPD und Grünen



Geheime Kommandosache: **Kunstschätze unterm Hammer.**

Dr. Norbert Walter-Borjans

Im Herbst 2014 wurde bekannt, dass der landeseigene Casinobetreiber „WestSpiel“ zwei bedeutende Kunstwerke von Andy Warhol verkaufen will, um vom Erlös eigene Verluste auszugleichen sowie ein neues Casino zu errichten. Mehrere Mitglieder der rot-grünen Landesregierung haben die geplante Veräußerung, die im Verborgenen an der Öffentlichkeit vorbei vollzogen werden sollte, im Vorfeld abgesegnet. Die Grünen wollen den Verkauf von Kunst in öffentlichem Besitz sogar offensiv betreiben.

Das ist liberal.

Positionen der FDP-Landtagsfraktion NRW



Kunstwerke zugänglich machen, vor Ausverkauf schützen. Kunst- und Kultur-gremien an Entscheidungen beteiligen.

Ingola Schmitz

Die FDP-Fraktion will, dass Kunst im Besitz öffentlicher Einrichtungen oder landeseigener Unternehmen den Bürgerinnen und Bürgern zugänglich ist. Wir brauchen ein Kunstregister für landeseigene Kunst. Vor geplanten Veräußerungen müssen außerdem die Kunstsammlung NRW und der Landtag beteiligt werden. Der geheime und intransparente Ausverkauf der Kultur in NRW muss beendet werden.

Antrag „Kunstwerke in öffentlichem Eigentum vor Ausverkauf schützen“
bit.ly/1ttXQDH

FDP Position 10/2014 „Kunst und Kultur vor Ausverkauf schützen“
bit.ly/1xor8tv



Kommunen vor der Pleite – Kommunal-Soli bestraft wirtschaftlich erfolgreiche Städte.

Ralf Jäger

Die ruinöse Finanzpolitik von Rot-Grün wirkt sich in dramatischer Weise auch auf die Kommunen aus. Ihrer verfassungsseitig gebotenen Pflicht zur Bereitstellung einer auskömmlichen kommunalen Finanzausstattung kommt die Landesregierung nicht ansatzweise nach. Von den 396 Städten und Gemeinden in NRW befinden sich lediglich 47 nicht in der Haushaltssicherung oder im Nothaushalt. Zwar wurde mit dem Stärkungspakt Stadtfinanzen ein Hilfsprogramm etabliert, mitfinanzieren müssen es aber vermeintlich wohlhabende Kommunen – hiermit schafft Rot-Grün bereits heute die Hilfeempfänger von morgen.



Handlungsfähigkeit vor Ort sichern – Kommunalfinanzen in Ordnung bringen.

Kai Abruszat

Die FDP-Fraktion setzt sich für eine kommunale Mindestfinanzausstattung ein, die anhand einer konkreten Bedarfsermittlung zu bemessen ist. Kurzfristig fordern wir ein Infrastrukturhilfsprogramm in Höhe von rund 200 Millionen Euro pro Jahr, mit dem Einrichtungen der örtlichen Daseinsvorsorge wie Straßen und Schulen vor dem Verfall bewahrt werden können. Das rot-grüne Vorgehen, über Jahre hinweg solide wirtschaftende Kommunen mit einer Zwangsumlage zu bestrafen, weist die FDP entschieden zurück.

Antrag „Kommunen fair behandeln – NRW braucht eine verlässliche und transparente Informationsgrundlage zum kommunalen Finanzbedarf!“
bit.ly/1snrtqb

Antrag „Zwangsumlage verhindern, Stärkungspakt nachbessern“
bit.ly/10Mevd



Steigende Strompreise, zu hohe Subventionen für Windräder und Solaranlagen.

Garrelt Duin

Die rot-grüne Landesregierung in Deutschlands Energieland Nr. 1 hat kein belastbares Konzept, um die Energiewende zum Erfolg zu führen – zu sicherer, sauberer und vor allem bezahlbarer Energie. Stattdessen forciert sie den planwirtschaftlichen Ausbau der Erneuerbaren Energien über die Köpfe der Menschen hinweg. Das EEG mit seinen Milliardensubventionen gefährdet die Versorgungssicherheit und wegen der immensen Kostenbelastung für Verbraucher und Industrie auch die Akzeptanz für die Energiewende.



Energiewende: Markt- statt Planwirtschaft. Stromsteuer senken, EEG und Subventionen abschaffen.

Dietmar Brockes

Die FDP will die Energiewende mit mehr Marktwirtschaft zum Erfolg führen. Strom muss bezahlbar bleiben. Deshalb muss das EEG abgeschafft werden und die erneuerbaren Energien müssen sich endlich dem Wettbewerb stellen. Der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien muss europäisch harmonisiert auf dem Energie-Binnenmarkt erfolgen. Zudem wollen wir die Stromsteuer senken. Denn es kann nicht sein, dass der Staat mit jeder Erhöhung der Ökostromumlage über Mehrwertsteuer und Stromsteuer doppelt dazuverdient. Dieses Geld muss Verbrauchern und Wirtschaft zurückgegeben werden.

Antrag „Mit mehr Marktwirtschaft die Energiewende aktiv gestalten“
bit.ly/140mFCl

Entschließungsantrag „Energiewende erfolgreich gestalten“
bit.ly/1oyVcr5

Antrag „Stromverbraucher von steigenden Energieendkosten entlasten“
bit.ly/1xt7cVx

So nicht, Frau Kraft. NRW braucht neue Ideen.

Das ist Rot-Grün.

Halbzeit: Bilanz nach zweieinhalb Jahren Landesregierung aus SPD und Grünen



Klima-Planwirtschaft: Neue Verbote und Vorgaben für Mittelstand, Handwerk und Industrie.

Johannes Remmel

Mit dem Klimaschutzgesetz hat die rot-grüne Landesregierung einen Frontalangriff auf das Industrieland Nordrhein-Westfalen unternommen. Wenn gesetzliche Klimaschutzziele gelten und mit einem Klimaschutzplan Verbote und Auflagen normiert werden, die es sonst weder im Ausland noch in einem anderen Bundesland gibt, führt das zu Wettbewerbsnachteilen für die Unternehmen in NRW und gefährdet viele tausend Arbeitsplätze insbesondere im industriellen Sektor.

Das ist liberal.

Positionen der FDP-Landtagsfraktion NRW



Klimaschutz europäisch vorantreiben – kein NRW-Alleingang.

Henning Höne

Die FDP-Fraktion hat die Sinnhaftigkeit des Klimaschutzgesetzes von Anfang an in Frage gestellt. Denn Klimaschutz ist eine globale Herausforderung, der man nicht mit einem Landesgesetz begegnen kann. CO2-Emissionen machen nicht an den Grenzen Nordrhein-Westfalens halt. Aufgrund des europäischen Emissionshandelssystems ist das rot-grüne Klimaschutzgesetz auch völlig wirkungslos – die in NRW erzielten Einsparungen können nämlich anderswo in der EU verbraucht werden. Statt eines NRW-Alleingangs wollen wir den Emissionshandel als zentrales marktwirtschaftliches Instrument stärken.

Fraktionsbeschluss „In Verantwortung für unser Land – Klimaschutz und Industriepolitik verzahnen“ bit.ly/ZqjhOq



Investitions-Blockade: Kein Bauland für Familien und keine Betriebs-erweiterungen für Unternehmen.

Johannes Remmel

Der rot-grüne Entwurf für den neuen Landesentwicklungsplan begrenzt die Entwicklungschancen Nordrhein-Westfalens: Für die Ausweisung von neuen Gewerbe- und Industriegebieten sowie Betriebserweiterungen werden bürokratische Hürden aufgebaut, die besonders von kleinen und mittleren Unternehmen kaum zu überwinden sind. Die Realisierung notwendiger Infrastrukturprojekte wird erschwert, kleine Kommunen im ländlichen Raum dürfen keine Neubaugebiete mehr auszuweisen. Diese restriktiven Planungsvorgaben gefährden tausende Arbeitsplätze und eine lebendige Stadtentwicklung.



Unser Land braucht Entwicklungschancen – wir sind kein Freilichtmuseum.

Holger Ellerbrock

Die FDP-Fraktion fordert, den Entwurf des Landesentwicklungsplans zurückzuziehen und grundlegend zu überarbeiten. Unsere Wirtschaft braucht Freiraum, damit sich Industrie, Handel und Handwerk weiter entwickeln können. Arbeitnehmer, Mieter und Eigenheimbesitzer und auch diejenigen, die es noch werden wollen, sollen ihr Umfeld weitestgehend so gestalten können, wie sie es wünschen – ohne ideologische Vorgaben und bürokratische Hürden aus Düsseldorf.

Antrag „Entwicklungschancen eröffnen, nicht beschränken – Rot-Grüne LEP-Novelle darf Kommunen und Wirtschaft nicht erdrosseln“ bit.ly/1wJzEmM

FDP Position 04/2014 „Landesplanung: Zukunft gestalten“ bit.ly/1uUrfy9



Teure Bürokratie für Mittelstand und Handwerk (z. B. Tariftreue- und Vergabegesetz).

Garrelt Duin

Die rot-grüne Landesregierung hat mit dem Tariftreue- und Vergabegesetz ein bürokratisches Monster erschaffen. Das Gesetz zieht erhebliche Rechtsunsicherheit sowie spürbare zusätzliche Bürokratielasten auf Seiten sowohl von mittelständischen Unternehmen als auch von öffentlichen Auftraggebern nach sich. Kommunen werden finanziell zusätzlich belastet, da Aufträge mit höheren Kosten verbunden sind. Der Europäische Gerichtshof hat das Gesetz bereits für rechtswidrig erklärt.



Bürokratie-Monster ersatzlos abschaffen, Handwerk und Mittelstand entlasten.

Ralph Bombis

Die FDP-Fraktion möchte Wirtschaft, Kommunen und Bürger in Nordrhein-Westfalen von überflüssigen Regulierungen und kostenträchtigen Vorgaben befreien. Das bürokratische Ungetüm muss daher so schnell wie möglich abgeschafft werden.

Antrag „Bürger, Wirtschaft und öffentliche Verwaltung entlasten“ bit.ly/1vcYyut

Gesetzentwurf zur Aufhebung des Tariftreue- und Vergabegesetzes Nordrhein-Westfalen bit.ly/1GGtLLw

Antrag „Europarechtswidriges und bürokratisches Tariftreue- und Vergabegesetz aufheben“ bit.ly/1sf83a2

So nicht, Frau Kraft. NRW braucht neue Ideen.

Das ist Rot-Grün.

Halbzeit: Bilanz nach zweieinhalb Jahren Landesregierung aus SPD und Grünen



NRW: Die meisten Arbeitslosen im Westen, 24.000 Jugendliche ohne Ausbildungsplatz.

Guntram Schneider

Nordrhein-Westfalen hat nach Bremen die höchste Arbeitslosigkeit aller westdeutschen Bundesländer. Jeder dritte deutsche Langzeitarbeitslose lebt in NRW – das sind etwa 330.000 Menschen. Zugleich gab es im August 2014 noch rund 24.000 Jugendliche, die keinen Ausbildungsplatz hatten. Während in anderen Bundesländern die Arbeitslosigkeit zurückgeht, verschlechtert sich in Nordrhein-Westfalen unter Rot-Grün die Lage auf dem Arbeitsmarkt.

Das ist liberal.

Positionen der FDP-Landtagsfraktion NRW



Langzeitarbeitslosigkeit mit neuen Wegen besiegen – Jugendliche in der Ausbildung unterstützen.

Ulrich Alda

Nordrhein-Westfalen braucht endlich neue Impulse – für Wachstum, Bildungschancen und eine positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt – endlich auch beim Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit. Dazu hat die FDP-Fraktion ein Sofortprogramm vorgeschlagen: mit konkreten Maßnahmen für bessere Bildung, Qualifizierung und Ausbildung, mit Investitionen in die Infrastruktur sowie für den Abbau bürokratischer Hürden und wachstumsfreundliche Rahmenbedingungen.

FDP-Sofortprogramm für Wachstum, Bildung und Arbeitsplätze
bit.ly/1qssi0K



Massive Einbruchskriminalität, schlechte Aufklärungsquote, Abbau von 4.300 Polizeistellen beschlossen.

Ralf Jäger

Unter Rot-Grün haben Einbrecher in Nordrhein-Westfalen leichtes Spiel: 55.000 Wohnungseinbrüchen jährlich mit einem Gesamtschaden von über 160 Millionen Euro steht eine Aufklärungsquote von landesweit nur 14 Prozent gegenüber – in Köln sind es gar nur rund sechs Prozent. Und gerade mal ein Prozent der vermeintlichen Täter wird später tatsächlich verurteilt. In Zukunft wird NRW noch unsicherer, denn Rot-Grün hat den Abbau von 4.300 Polizeistellen beschlossen.



Bürger vor Einbrecherbanden schützen statt Autos blitzen. Sofortprogramm Beute zurück.

Dr. Robert Orth

Statt unzählige Polizeibeamte für öffentlichkeitswirksame Showaktionen wie Blitz-Marathons zu binden, sollten sie für wirkungsvolle Fahndungs- und Ermittlungsarbeit für die Sicherheit der Bürger in ihren vier Wänden eingesetzt werden. Aus Sicht der FDP-Fraktion braucht Nordrhein-Westfalen endlich ein wirksames Gesamtkonzept zur Bekämpfung der massiv steigenden Einbruchszahlen. Dazu gehört auch ein polizeiliches Sofortprogramm „Beute zurück“: Die Vertriebskanäle für Diebesgut wie etwa virtuelle Marktplätze müssen deutlich besser als bisher durch umfassende und gezielte Sachfahndung kontrolliert werden.

Antrag „NRW braucht endlich ein wirksames Gesamtkonzept zur Bekämpfung massiv steigender Einbruchszahlen – Sofortprogramm „Beute zurück“ starten!“
bit.ly/1tz06X6



Gewaltexzesse rund um Fußballspiele: Minister konzeptlos, reduziert Polizeikräfte vor Ort.

Ralf Jäger

Unter Rot-Grün ist es zunehmend zu schweren gewalttätigen Ausschreitungen rund um Fußballspiele gekommen – mit Tabubrüchen und immer weiteren Grenzüberschreitungen. Höhepunkt waren die Gewaltexzesse von 5.000 Hooligans und Rechtsextremen mitten in der Kölner Innenstadt – einer der schwärzesten Tage für die Innenpolitik in NRW. Der Innenminister ist erkennbar nicht in der Lage, den Ereignissen Herr zu werden: er verringert die Polizeistärke vor Ort, redet Versäumnisse schön statt zu handeln.



Fußball vor Gewalt schützen, Prävention stärken, Strafverfahren beschleunigen.

Marc Lürbke

Die beliebteste Sportart, der Fußball, wird immer wieder durch Ausschreitungen weniger gewalttätiger Anhänger überschattet und droht dabei den ganzen Sport in Verruf zu bringen. Die Landesregierung muss endlich ein erfolgversprechendes Konzept gegen Gewalt im Umfeld von Fußball vorlegen. Polizeibekannte Chaoten müssen durch die konsequente Verhängung und Durchsetzung von Meldeauflagen vom Stadion ferngehalten werden. Wir Liberale sehen im regelmäßigen Dialog zwischen Polizei, Fans und Vereinen das Fundament für friedliche Fußballereignisse – auf die richtige Mischung von Prävention, Kommunikation und Sanktion kommt es an.

Antrag „Fußball vor Gewalt schützen – Straftäter endlich wirksam ausschließen“
bit.ly/1sq10bq

So nicht, Frau Kraft. NRW braucht neue Ideen.

Das ist Rot-Grün.

Halbzeit: Bilanz nach zweieinhalb Jahren Landesregierung aus SPD und Grünen



Beamtenbesoldung scheitert zu Recht vor Gericht: Unsozial. Verfassungswidrig.

Dr. Norbert Walter-Borjans

Mit ihrem Besoldungsgesetz wollte die rot-grüne Landesregierung rund 80 Prozent der Beamten von der allgemeinen Lohnentwicklung abkoppeln. Sie sollten nicht vom wirtschaftlichen Aufschwung profitieren. Die FDP hält es für ungerecht, leistungsfeindlich und demotivierend, den Beamten einen Inflationsausgleich zu verwehren und damit reale Einkommensverluste zuzumuten. Auf Antrag der Abgeordneten von FDP und CDU hat der Verfassungsgerichtshof NRW das Gesetz als „evident“ verfassungswidrig kassiert und der Landesregierung damit die verdiente Ohrfeige verpasst – der vierte Verfassungsbruch unter Finanzminister Walter-Borjans.

Das ist liberal.

Positionen der FDP-Landtagsfraktion NRW



FDP klagt erfolgreich. Beamte leistungsgerecht bezahlen, Verwaltungsapparat schlanker machen.

Dirk Wedel

Die FDP will einen starken, leistungsfähigen, modernen und schlanken öffentlichen Dienst. Dafür muss man die Beamtinnen und Beamten aber auch leistungsgerecht, angemessen und fair bezahlen. Durch Reformen der Verwaltungsstrukturen und im Personalhaushalt, eine durchgreifende Aufgabenkritik und Stellenabbau in der Landesverwaltung eröffnen sich Spielräume, die Staatsdiener leistungsgerecht zu bezahlen und damit für ihre Arbeit zu motivieren.

FDP Position 13/2013 „Für eine leistungsgerechte Beamtenbesoldung“ bit.ly/1EjkZ27



Bevormundung pur: Totales Rauchverbot statt Selbstbestimmung und Eigenverantwortung.

Barbara Steffens

Mit dem absoluten Rauchverbot in der Gastronomie hat die rot-grüne Landesregierung einen erheblichen Eingriff in die Freiheit und die Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger sowie der betroffenen Betriebe vorgenommen. Für die Rigorosität, mit der das rot-grüne Rauchverbot durchgesetzt wurde, gibt es in der Bevölkerung wenig Akzeptanz. Zudem leidet die Vielfalt in der gastronomischen Landschaft in NRW unter dem ausnahmslosen Verbot – Umsatzeinbußen und Kneipensterben sind die Folge.



Für ein verantwortungsvolles Miteinander von Nichtraucherern und Rauchern.

Susanne Schneider

Auch die FDP will einen umfassenden Nichtrauchererschutz: In allen öffentlichen Gebäuden wie Krankenhäusern, Schulen und Kitas, aber auch für Gastronomiebetriebe muss ein grundsätzliches Rauchverbot gelten. Trotzdem wird niemand auf die Idee kommen, in einer Raucherkneipe einen Kindergeburtstag zu feiern. Raucher dürfen nicht diskriminiert werden. Deshalb sollten Ausnahmen vom Rauchverbot etwa für Einraumkneipen und getrennte Raucher-Nebeneräume sowie für Festzelte und bei Brauchtumsveranstaltungen zugelassen werden – so wie sie in anderen Bundesländern zum Teil bestehen.

Antrag „Effektiver Nichtrauchererschutz: Toleranz und Akzeptanz statt Bevormundung und Ideologie“ bit.ly/1wJDDje



Neues Jagdrecht – falsche Fährte! Mehr Verbote, wieder Jagdsteuer.

Johannes Remmel

Die rot-grüne Landesregierung will aus dem bewährten Landesjagdgesetz ein „ökologisches Jagdgesetz“ machen: Die flächendeckende Jagd soll abgeschafft, die Liste der jagdbaren Tiere reduziert und die Jagdsteuer wieder eingeführt werden. Zudem wollen SPD und Grüne die Baujagd und die tierschutzgerechte Jagdhundausbildung am lebenden Tier abschaffen. Dies alles hat schwerwiegende Folgen für den Natur- und Tierschutz, die Gesundheitsvorsorge sowie die Land- und Forstwirtschaft in Nordrhein-Westfalen.



Bewährtes Jagdrecht erhalten – Angriff auf Natur- und Artenschutz stoppen.

Karlheinz Busen

Die FDP-Fraktion lehnt neue Verbote im Jagdrecht ab. Die Gängelung und Bevormundung der Jägerinnen und Jäger werden wir nicht akzeptieren. Denn auf Grundlage des bestehenden und bewährten Jagdrechts leisten die Jägerinnen und Jäger in Nordrhein-Westfalen seit jeher einen aktiven Beitrag zum Schutz von Mensch und Natur, für die Artenregulierung, die Gesundheitsvorsorge und den Tierschutz. Das soll auch so bleiben.

Fraktionsbeschluss „Neues Jagdrecht? Falsche Fährte!“ bit.ly/1wfh1AY

Dialog-Initiative für Natur- und Tierschutz in Nordrhein-Westfalen: jagd-schuetzt-natur.de

So nicht, Frau Kraft. NRW braucht neue Ideen.

Das ist Rot-Grün.

Halbzeit: Bilanz nach zweieinhalb Jahren Landesregierung aus SPD und Grünen



Staatlicher Einfluss statt Freiheit der Presse (Stiftung Journalismus).

Dr. Angelica Schwall-Düren

Die rot-grüne Landesregierung hat eine durch Rundfunkbeiträge finanzierte Stiftung ins Leben gerufen, die u.a. eine direkte finanzielle Unterstützung von Journalisten ermöglichen soll. Damit hat sie die Brandmauer zwischen Staat und freier Presse eingerissen. Sie will sich gefällige Berichterstattung erkaufen und greift gefährlich in Freiheit und Unabhängigkeit der Presse ein.

Das ist liberal.

Positionen der FDP-Landtagsfraktion NRW



Pressefreiheit und Medienvielfalt stärken. Gemeinnützigkeit von Journalismus anerkennen.

Thomas Nüchel

Wir wollen, dass die freie Presse den Staat weiterhin kontrolliert und nicht an seinem finanziellen Tropf hängt. Als Gegenkonzept zu einer über Rundfunkgebühren finanzierten Stiftung wollen wir, dass Journalismus als gemeinnützige Tätigkeit anerkannt wird. Das könnte die finanzielle Basis vieler journalistischer Projekte sein und so die Medienvielfalt stärken.

Antrag „Beitrag zu Vielfalt und Qualität im Journalismus leisten – Gemeinnützigkeit von Journalismus anerkennen“
bit.ly/1zFlmoC



EU-Bürokratie soll auch für Sozialpolitik zuständig werden.

Dr. Angelica Schwall-Düren

Rot-Grün fordert eine Verlagerung sozialpolitischer Kompetenzen auf die EU-Ebene, um so einen umverteilenden europäischen Sozialstaat zu schaffen. Ein sozialer EU-Stabilitätspakt soll ruinösen Wettbewerb zwischen den Mitgliedsländern durch das gegenseitige Unterbieten von Sozialstandards verhindern. Außerdem seien eine EU-weite Steuerharmonisierung, eine Koordinierung der europäischen Lohnpolitik und die Einführung einer europäischen Arbeitslosenversicherung notwendig.



Selbstbestimmung bewahren. Keine EU-Sozialpolitik zu Lasten Deutschlands.

Dr. Ingo Wolf

Die FDP-Fraktion möchte die mitgliedstaatlichen Kompetenzen auf dem Gebiet der Sozialpolitik erhalten, um eine europäische Transferunion durch die Hintertür zu vermeiden. Umverteilungsleistungen müssen erwirtschaftet werden – angesichts der hohen Abgabenlast in Deutschland ist das heute schon schwierig. Zudem gibt es gar keinen nachgewiesenen Unterbietungswettbewerb bei den Sozialstandards. Eine zentrale Sozialverwaltung aus Brüssel würde dagegen noch mehr Bürokratie und lange Wege für die Bürger schaffen.